



Vereinigte Stimme der Roma
in Deutschland
Für die Zukunft Europa

Am Leinekanal 4 – Eingang B
37073 Göttingen
mail@bundesromaverband.de
www.bundesromaverband.de

BRV_03_Dez_2014

Herkunftsländer nicht sicher. Trotz Gesetz.

Am 06.11.2014 ist das „Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftstaaten“ in Kraft getreten, nachdem der Bundestag dieses mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen hat. Demnach zählen u.a. Serbien, Bosnien Herzegowina und Mazedonien als „sichere“ Herkunftsländer.

In den vergangenen Jahren haben wir als Bundes Roma Verband wiederholt Recherchereisen unternommen, Filmmaterial bereitgestellt sowie unzählige Stellungnahmen, Berichte und Interviews veröffentlicht, die belegen, dass es kein sicheres Leben für Roma in diesen Ländern gibt.

Gerade in Deutschland sollte die Rede von historischer Verantwortung ernst genommen werden. Dies bedeutet, denjenigen, die strukturell ausgeschlossen und benachteiligt werden, Chancen zu geben, anstatt Ausgrenzungsmechanismen zu wiederholen und immer weiter zu zementieren.

Wir fordern eine umfassende Bleiberechtsregelung und einen Stopp der Politik, die Rassismus und Ausgrenzung fördert!

Für Roma ist kein Staat sicher!

Mit der Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftstaaten“ hat die Bundesregierung einen Weg gewählt, sich der Menschen bewusst zu entledigen, die innerhalb der europäischen Gemeinschaft als größte ethnische Minderheit mit einer jahrhundertealten Geschichte von Verfolgung, Vertreibung und Ermordung am dringendsten auf Schutz angewiesen sind. Das nun in Kraft getretene Gesetz bedeutet verschärfte Massenabschiebungen von schutzsuchenden Roma. Ausgewiesen werden jene Menschen, die seit Jahrhunderten

als »Zigeuner« verfolgt werden. Die Abschottungs-Politik von CDU, CSU und SPD trifft auch die Nachkommen derer, die während des Nationalsozialismus verfolgt wurden. Die aktuellen rassistischen Diskriminierungen gegen Roma in Südosteuropa sind seit Jahren bekannt: Offizielle Berichte, wie der des Komitee zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung der Vereinten Nationen¹ oder des Menschenrechtskommissars des Europarats² sowie zahlreiche Berichte von unabhängigen NGOs³ zeigen das ganze Ausmaß an menschenrechtlichen Defiziten in den Balkanstaaten und belegen die systematische Ausgrenzung der Roma, die eine lebensbedrohliche Armut zur Folge hat. Am 1. Dezember 2013 wurde durch eine Änderung des deutschen Asylverfahrensgesetzes klargestellt, dass auch eine Kumulierung unterschiedlicher Maßnahmen politische Verfolgung darstellen kann. Dies umfasst Maßnahmen, die so gravierend sind, dass eine Person davon in ähnlicher Weise wie von einer schwerwiegenden Verletzung der grundlegenden Menschenrechte betroffen ist. Nach dem Asylverfahrensgesetz können auch Diskriminierungen und Ausgrenzungen, die einzeln noch nicht als Verfolgung anzusehen sind, in ihrem Zusammenwirken als Verfolgung verstanden werden. Wenn Siedlungen von Roma abgebrannt, geplündert und zerstört werden, wenn Zwangsräumungen vorgenommen werden mit der Folge der Obdachlosigkeit, wenn Roma keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, zu Bildung und zu medizinischer Versorgung haben, rassistischen Übergriffen von paramilitärischen Gruppierungen und der „Selbstjustiz“ der Normalbevölkerung ausgesetzt sind, dann sind dies alles klare Indizien für eine Mehrfachdiskriminierung von Roma. Unseren Recherchen und Erfahrungen zufolge sind Roma in Serbien, Mazedonien und Bosnien Herzegowina genau dieser Verschränkung unterschiedlicher Diskriminierungen ausgesetzt. Die Diskussion in Justiz und Rechtswissenschaft darüber steht erst am Anfang und wird leider nicht fortgeführt, weil Serbien, Mazedonien und Bosnien Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten eingestuft wurden. Insbesondere aus Serbien flüchtende Roma bringen Asylgründe vor, die über rein wirtschaftliche Aspekte hinausgehen. So wurde uns in mehreren Fällen von Angriffen serbischer Nationalisten berichtet, die sowohl tätliche Angriffe, sexuelle Übergriffe und Zerstörung von Wohneigentum, permanente Bedrohung und Einschüchterungsversuche umfassen. Derzeit organisieren sich in Serbien Verbände gegen Roma. Im Anhang finden Sie einen Original Flyer mit deutscher Übersetzung. Serbien: Aufruf zur Gewalt gegen Roma!!! Es handelt sich um einen Aufruf der orthodox-christlich-nationalistischen Organisation „Srb-Akcija“, der erst kürzlich veröffentlicht wurde. Diese Gruppierung ist nicht die Einzige ihrer Art, die sich bedrohlich radikalisiert. Hier wird unverblümt zur Bürgerwehr aufgerufen und offensichtliche Hetze gegen Roma betrieben. Angriffe dieser Art mehren sich in ganz Europa. Erst im April 2014 sprach die Generalsekretärin der deutschen Sektion der Menschenrechtsorganisation, Selmin Caliskan, anlässlich des Internationalen Roma-Tages am 08. April von zunehmenden rassistischen Angriffen auf Roma, die vielerorts „stillschweigend“ hingenommen werden von passiven Regierungen, die somit jene nationalistische Gruppierungen relativ widerstandlos gewähren lassen.⁴ Die Einstufung als sichere Herkunftsländer ist somit ein weiterer Schritt, die offiziell bekannte bedrohliche Lage der Roma in Südosteuropa zu ignorieren. Es bedeutet, dass Asylanträge aus diesen Ländern pauschal als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt werden. Das ist beschämend, aber es ist doppelt beschämend, dass diese Einschränkung des Asylrechts auch Nachkommen der Verfolgten des nationalsozialistischen Völkermords treffen wird! Zu hinterfragen ist, wie es zur Einstufung zu sicheren Herkunftsländern kam. Diese

Vorgehensweise soll es ermöglichen, dass bestimmte Asylanträge schneller und weniger gründlich bearbeitet werden können. Eine gründliche Auseinandersetzung mit den verfassungsrechtlichen Kriterien für die Einstufung von Staaten als „sicher“, sehen wir hier nicht gegeben. Ebenfalls scheint eine umfangreiche Prüfung der Tatsachen in Auseinandersetzung mit allen verfügbaren Quellen nicht erfolgt zu sein. Anders ist es nicht zu erklären, warum jene Balkanstaaten als sicher eingestuft wurden, obwohl bekannt ist, dass hier die Menschenrechte und elementarsten Grundrechte gegenüber den Roma nicht eingehalten werden.

Das Verwaltungsgericht Münster hat sich der Asylrechtsverschärfung widersetzt und bezweifelt in seinem Beschluss vom 27.11.2014 in dem Verfahren -4 L 867/14.A- die Verfassungsmäßigkeit der Asylrechtsreform der Bundesregierung. Die Bundesregierung begründet derweil das Gesetz mit den steigenden Antragszahlen aus den Westbalkan Staaten und den geringen Anerkennungsquoten.

Ergebnisse unserer Recherche- Reise im Juni 2013:

Im Juni 2013 überzeugten wir uns mit einer Reisegruppe aus Anwälten, Journalisten und NGO-Vertretern aus Deutschland, Belgien und Luxemburg in Serbien von der aktuellen Lage der Roma. Wir haben erfahren, dass Roma in Serbien (derzeit) massiv ausgegrenzt werden. Roma sind immer wieder – weil sie als Roma identifiziert wurden – rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind, verbunden mit körperlichen Angriffen und Beleidigungen. Polizeiliche Strafverfolgungen finden unseren Recherchen zufolge praktisch nicht statt. Vielmehr werden jene Übergriffe durch Polizei und Justiz bagatellisiert und stellen bereits die alltägliche Normalität in Serbien dar. Hinzu kommt, dass eigene rassistische Einstellungen von Behördenmitarbeitern besonders gegenüber Roma sehr offen in Erscheinung treten. Angehörige der Roma können abends nicht ungefährdet die Straße betreten, ohne sich der Gefahr durch die Mehrheitsgesellschaft auszusetzen, geschlagen, angespuckt und angepöbelt zu werden. Roma Frauen sind nachweislich von massiven sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen betroffen. Währenddessen haben wir Menschen kennengelernt, die uns anfangs eher beiläufig von dem während der Nazi-Besatzung nach Deutschland verschleppten Großvater erzählten, der nie eine Entschädigung erhielt. Möglicherweise wird auch Ihnen an dieser Stelle die Absurdität deutlich, die sich ergibt aus der Situation, mit Menschen zu sprechen, die von der Vertreibung und Ermordung ihrer Großeltern aufgrund ihrer Roma Identität erzählen und sich selbst als Angehörige der dritten nachfolgenden Generation in einer demütigenden und zum Teil lebensbedrohlichen Situation finden. Für diese Menschen ist ihre aktuelle Lebenssituation, die neben der desolaten wirtschaftlichen Situation auch massive rassistische Übergriffe und strukturelle Ausgrenzung mit einschließt, so aussichtslos, dass sie keinerlei anderen Ausweg für sich sehen, als dieses Land zu verlassen.

In fast allen Bereichen, die ein Leben in Würde als Mensch unter Berücksichtigung elementarster Grundbedürfnisse sicherstellen würden, wird ihnen der Zugang systematisch erschwert.

Dies betrifft:

1. den Wohnraum,
2. die medizinische Gesundheitsversorgung,
3. Bildung und
4. den Zugang zum Arbeitsmarkt.

1. Wohnraum:

Die prekäre Lage von Roma wird an dem ihnen zur Verfügung stehenden bzw. zugewiesenen Wohnraum sichtbar. Wir haben mit dem Leiter der Behörde gesprochen, die für die Wiedereingliederung der Abgeschobenen zuständig ist und haben erlebt, wie er uns vor laufender Kamera versicherte, in Serbien müsse kein Rückkehrer in Wäldern oder unter Brücken schlafen.

Nur wenige Stunden später wurde uns beim Besuch der informellen Siedlung Vidikovac am Stadtrand von Belgrad bewusst, dass dies in einem sehr zynischen Sinne sogar der Wahrheit entspricht. Vidikovac besteht aus »Häusern« aus Sperrmüll und Pappe und steht nicht im Wald oder unter einer Brücke, sondern am Rande eines offenen Feldes. Viele Menschen dort sprechen fließend Deutsch. Sie haben jahrelang in Deutschland gelebt, sie sind dort geboren und aufgewachsen.

Städtische Roma-Siedlungen, die wir besichtigt haben, sind seit Jahren nicht ans öffentliche Abwassernetz angeschlossen. Wir haben erfahren, dass ein Teil einer von uns besuchten Siedlung wenige Wochen vor unserem Besuch mit Bulldozern unter Polizeibewachung geräumt und zerstört wurde. Gegenüber den Medien wurde diese Zerstörung eines Lebensraumes von Menschen (!) von der Stadtverwaltung als Räumung einer illegalen Müllkippe dargestellt.

2. Die medizinische Grundversorgung

Eine medizinische Grundversorgung ist nicht gesichert. Immer wieder wurde uns über die Verweigerung der Zuzahlungsbefreiung von Medikamenten für chronisch Kranke berichtet – ein sozialrechtliches Detail von oft lebensbedrohlicher Bedeutung.

3. Die Bildungssituation von Roma Kindern und Jugendlichen

Die Bildungssituation von Roma Kindern und Jugendlichen ist ein äußerst schwieriges Feld. Immer wieder wurde uns berichtet, dass Kinder von Roma sich aufgrund ihrer desolaten wirtschaftlichen Situation elementarste Dinge wie Bücher und Kleidung nicht leisten können und sie so sehr subtil sowohl wegen ihrer schlechten Ausgangslage als auch durch einen aktuell wieder zunehmend starken Rassismus aus dem Schulsystem ausgegrenzt werden.

4. Zugang zum Arbeitsmarkt

Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird Roma auf verschiedenen Ebenen erschwert. Im öffentlichen Dienst sind Roma völlig unterrepräsentiert. Ihr Anteil dort entspricht gerade einem Zehntel ihres Bevölkerungsanteils. Aus Skepsis und Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft haben qualifizierte Roma oftmals keine Chance, eingestellt zu werden. Selbst die Existenzsicherung auf niedrigstem Niveau durch Müllverwertung ist kaum noch möglich. Durch eine aufwändige und kostenintensive, flächendeckende Versiegelung der öffentlichen Abfalleimer in Belgrad, wird Müllsammelnden ihre einzige Lebensgrundlage entzogen.

Weiterhin geben wir zu bedenken, dass viele der in Serbien, Mazedonien und Bosnien Herzegowina lebenden Roma, die nun wiederholt oder erstmalig um Asyl bitten, Opfer oder Nachfahren der Opfer des Kosovo Krieges sind.

650 Jahre friedliche Roma-Kultur im Kosovo wurden im Zuge der Auseinandersetzungen in den 1990er Jahren durch Brandschatzung und Vertreibung zerstört. Von den vormals 150.000 Roma im Kosovo verließen daraufhin 120.000 ihre Heimat und flüchteten in europäische Länder, um dort nach Schutz zu suchen.

Zehntausende von ihnen wurden zu Binnenflüchtlingen, größtenteils in Serbien und Montenegro, aber auch in Mazedonien.

Während des Kosovo Konflikts zwischen allen Stühlen stehend und von allen Seiten massiv verfolgt, haben sie noch immer keinen Ort gefunden, an dem ein Leben in Sicherheit möglich ist. Ehemalige Besitztümer sind nahtlos in die Hände von Serben und Albanern übergegangen, ohne dass die ursprünglichen Besitzer eine Chance auf Entschädigung oder „Wiedergutmachungsleistungen“ hätten. Diese Versäumnisse im Hinblick auf eine menschenwürdige und alle Lebensbereiche umfassende Wiedereingliederung von Roma in ihrer alten Heimat zuzugestehen, ist nicht im Interesse des serbischen Staates.

Roma sind sowohl in Serbien, als auch in Mazedonien und Bosnien Herzegowina laut entsprechenden Berichten von UNHCR nach wie vor die verletzlichste Minderheitengemeinschaft. Sie sind wiederholt Opfer von Polizeigewalt, gesellschaftlicher Diskriminierung und verbaler und physischer Belästigung. Die Einstufung jener Länder als sichere Herkunftsstaaten verurteilen wir zutiefst. Denn eine faire und umfassende Prüfung des Einzelfalls, auf die man in Deutschland als einem Rechtsstaat gesetzlichen Anspruch hat, ist somit nicht mehr vorgesehen und findet nicht mehr statt. Wie ist dies mit dem Rechtsstaatsprinzip vereinbar? Mit Hilfe dieses Gesetzes schiebt Deutschland die Verantwortung für den Schutz von Roma als besonders schutzbedürftige ethnische Minderheit vor Verfolgung einfach ab. Damit werden Roma wieder einmal zu „Menschen zweiter Klasse“, denen das Recht auf Schutz verwehrt bleibt.

Auch dies ist eine Fortführung jahrhundertealter Ausgrenzung und Fremdbestimmung von Roma, die seit Jahrhunderten in Europa leben und dennoch nie als ein zu achtender, respektierender Teil der Mehrheitsgesellschaft empfunden und behandelt wurden. Der Kreislauf von Ausgrenzung, Verfolgung, Unterdrückung und bitterer Armut als Folge, ist bis heute, trotz der Erfahrungen des Nationalsozialismus, bestehen geblieben. In jedem Land Europas, in besonderem Maße aber in den Balkan Staaten haben es Roma ungleich schwerer, an einem menschenwürdigen Leben im Vollbesitz aller Grundrechte zu partizipieren.

Sich dieser Verantwortung zu stellen, diese Zustände und Dynamiken grundlegend zu verändern und Roma nicht als „Störfaktor“, sondern als zu achtende Menschen mit Ressourcen und Potentialen zu betrachten, liegt in der historisch begründeten Verantwortung Deutschlands.

Wir nehmen Sie hiermit als Politiker dieses Landes mit dieser Geschichte in die Verantwortung, diesen Kreislauf aus Verurteilung und offener Ablehnung gegenüber der zweitgrößten Gruppe der Verfolgten durch die Nationalsozialisten zu durchbrechen und eine Basis zu schaffen, auf der ein menschenwürdiges und gewaltfreies Leben für Roma möglich wird!

Wir als Bundes Roma Verband verurteilen daher das von der Bundesregierung beschlossene Gesetz, welches Serbien, Mazedonien und Bosnien zu sicheren Herkunftsländern erklärt.

Wir fordern ein **Bleiberecht für Roma in Deutschland** aus historischer, aber auch menschlicher Verantwortung gegenüber der größten ethnischen Minderheit Europas, die auch seit dem Ende des Nationalsozialismus keine Anerkennung und keine Würdigung erfuhr, sondern noch immer verfolgt, diskriminiert, gettoisiert, ermordet, vertrieben und abgelehnt wird.

- 1) United Nations/Committee on the Elimination of Racial Discrimination (CERD) 2011: Seventy-eighth session 14 February – 11 March 2011 Consideration of reports submitted by States parties under article 9 of the Convention Concluding observations of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination. Verfügbar unter: http://www2.ohchr.org/english/bodies/cerd/docs/co/Serbia_AUV.pdf
- 2) Commissioner for Human Rights 2011: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Straßburg. Verfügbar unter: <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jspid=1834869&Site=CommDH&BackColorInternet=FEC65B&BackColorIntranet=FEC65B&BackColorLogged=FFC679>
- 3) u.a.: Pro Asyl 2012: Serbien – ein sicherer Herkunftsstaat von Asylsuchenden in Deutschland? Eine Auswertung von Quellen zur Menschenrechtssituation von Dr. Karin Waringo. Verfügbar unter: http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/Serbien_kein_sicherer_Herkunftsstaat.pdf
- 4) <https://www.amnesty.de/2014/4/7/gewalt-gegen-roma-europa-nimmt-zu>, eingesehen am 25.11.2014